StPr in / OSa / 1. STR / STR / STBR / G1 / 63 / 10.1

0070/2018/AU

Ratsfraktion

CDU Kreisverband Neumünster

E 29.1.19
A 30.01.19

An die Stadtpräsidentin
der Stadt Neumünster
Frau Anna Katharina Schättiger

29.01.2019

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
setzen sie bitte nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratsversammlung am 12. Februar 2019.

Mit freundlichen Grüßen

Helga Bühse

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit Wohnungsbauunternehmungen, Architekten, Mieterverein, Haus&Grund, Makler, Verwaltung und politischen Parteien ein Lokales Bündnis für Wohnen bis zur Sommerpause 2019 zu initiieren.

Das Bündnis soll die Verwaltung und die Politik zu wohnstandortpolitischen Fragen und Beschlüssen beraten und unterstützen. Wichtigster Ansatz ist, Investoren als Kooperationspartner zu gewinnen und in den Prozess einzubinden.

Das Bündnis sollte sich u. a. mit folgenden Themen befassen:

1. Grundsätzlich geeignete Standortflächen für Wohnungsbau (private, insbesondere Hinterlandbebauung), die kurz- und mittelfristig zur Verfügung stehen könnten, für jeden Stadtteil zu ermitteln und durch eine Analyse bebaubarer Flächen und Baulücken als strategische Flächenentwicklung zu belegen.

2. Die Herausforderung der derzeit positiven Bevölkerungsentwicklung und des demografischen Wandels soll den Wohnungsmarkt als stabilen Standortfaktor erhalten bzw. entwickeln und kein Hemmnis für eine positive Bevölkerungsentwicklung darstellen.

3. Zukunftssichere Bauland- und Neubaupolitik. Die Rahmenbedingungen für den Neubau sind zu verbessern. Neue Bauflächen als Alternative zum Umland. Die Infrastruktur für neue Flächen ist meist vorhanden.

4. Schaffung von jährlich mindestens 130 Wohneinheiten mit stetiger Anpassung. (Wohnraumversorgungskonzept)

5. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Davon 25 - 30 % im sozialen Bereich (falls erforderlich, jeweils auf die einzelnen Stadtteile bezogen.)

6. Unterstützung durch Bestandserneuerung und durch vorsorgende Gestaltung des Wohnumfeldes. Durch offensive Bestandsentwicklung ein "neues Wohnen im Bestand" ermöglichen.

7. Als Leitbild sollte darauf hingewirkt werden, eine gemischte Bevölkerungsstruktur in den Quartieren zu ermöglichen.

8. Zügige Beschaffung von Baurecht. Beschleunigung von Prozessen.

Begründung:

Ein Lokales Bündnis für Wohnen ist als neues Instrument gedacht zur bisherigen Wohnungsbauentwicklung. Daraus entstehen neue Partnerschaften.

Das Lokale Bündnis sollte Ziele zur Liegenschaftspolitik, zur Schaffung von Baurechten und Umgang mit Vorgaben für den geförderten Wohnungsneubau festlegen. Das Bündnis Wohnen könnte als dauerhafter Prozess angelegt werden.

Das Wohnraumversorgungskonzept beschreibt den Istzustand und gibt noch benötigten Wohnraumbedarf für die nächsten Jahre als Ziel vor.

Um das Ziel zu erreichen müssen viele an einem Strang ziehen.

.